

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in der Region Hannover

Koalitionsvereinbarung
für die Wahlperiode 2011 bis 2016

Präambel

Die Region Hannover hat sich bewährt als das Modell für Stadtregionen in Deutschland. SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen die nunmehr 10jährige erfolgreiche Zusammenarbeit in der Region Hannover auch in der Wahlperiode von 2011 – 2016 fortsetzen.

Unsere Erfolge:

- soziale Verantwortung zeigen
- Klimaschutz, Umwelt- und Naturschutz, Naherholung weiterentwickelt
- Ausbau und Modernisierung des ÖPNV vorangebracht
- Modernisierung des Klinikums und Verbesserung der Gesundheitsdienstleistungen umgesetzt
- Berufliche Bildung verbessert
- Wirtschaftsförderung gebündelt
- finanzielle Konsolidierung im Rahmen der Steuerungsfähigkeit der Region bewiesen

Wir brauchen eine wirtschaftlich erfolgreiche, attraktive Region, damit die Region Hannover auch weiterhin zu den Gewinnern des demografischen Wandels gehört. Dies gelingt uns mit einer Rot-Grünen Politik ökologischer und sozialer Ausrichtung, die konsequent fortgeführt die Region Hannover insgesamt zukunftsfähiger macht.

In der Region Hannover entwickelt sich eine starke nachhaltige Wirtschaft mit aktiven und erfolgreichen mittelständischen Unternehmen. Sie ist die beste Grundlage für Wohlstand und eine hohe Lebensqualität in der Region Hannover. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze als Basis für ein gutes Leben. Wir wollen gute Arbeit zu gerechten Bedingungen, die allen Menschen in der Region eine qualifizierte und fair bezahlte Arbeit ermöglicht, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Wie uns die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 noch einmal deutlich vor Augen geführt hat, trifft ein Wirtschaftsabschwung die Region Hannover besonders hart. Bei sinkenden Einnahmen der Region erhöhen sich die Ausgaben im Sozialetat deutlich. Die Transferleistungen müssen für einen größeren Kreis von bedürftigen Personen bereitgestellt werden.

Darüber hinaus leistet die Region Hannover weitere Unterstützung, um Menschen in schwierigen Lebenssituationen aufzufangen und vor Gefährdungen zu schützen, angefangen mit der Jugendhilfe über das Rettungswesen, das Klinikum, das Gesundheitsamt und vieles mehr.

Diese Leistungen und Hilfsangebote gilt es finanziell abzusichern und dabei gleichzeitig langfristig die Schulden der Region Hannover abzubauen.

Die Konsolidierung des Regionshaushaltes und der Finanzen der regionseigenen Betriebe, bei der in den letzten Jahren schon große Fortschritte gemacht wurden, muss daher unbedingt fortgesetzt werden.

Wir werden durch die Verzahnung von Ausbildung, Qualifizierung und Aktivierung nicht genutzter Fachkräftepotenziale gewährleisten, dass die Region Hannover zukünftige Entwicklungen mit gestalten kann. Durch Verstärkung der Kooperation der unterschiedlichen Akteure wollen wir eine umfassende Förderung für Kinder und

Jugendliche ermöglichen. Aus diesem Grund ist es Ziel unserer Politik, Kinder- und Jugendarbeit, Jugendhilfe, Schule und berufliche Qualifizierung sinnvoll zu vernetzen.

Wir sind auf eine aktive Zivilgesellschaft angewiesen, ohne diesen Einsatz würde das Gemeinwesen nicht mehr funktionieren. Deshalb fördern wir das bürgerschaftliche Engagement nach Kräften.

Unsere Regionsverwaltung arbeitet effizient und bürgernah. Dafür brauchen wir hoch motivierte und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gerne in der Regionsverwaltung arbeiten. Unser Ziel ist, auch im Falle notwendiger Umstrukturierungen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive anzubieten. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel erfordert besondere Anstrengungen, um Nachwuchskräfte zu gewinnen. Den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden wir durch verstärkte interkulturelle Qualifikation der Beschäftigten gerecht.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist unser Ziel. Der Anteil von Frauen in den Führungspositionen in der Verwaltung und den Unternehmen sowie in Aufsichtsräten der Unternehmen entspricht diesem Grundsatz bisher nicht. Durch geeignete Maßnahmen soll der Frauenanteil in den nächsten Jahren grundlegend erhöht werden. Langfristig verfolgen wir das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe.

Bei Neubesetzungen von Fachbereichsleitern, Leitern der Servicebereiche, Stabsstellen und weiteren herausgehobenen Stellen innerhalb der Regionsverwaltung erfolgt eine öffentliche Ausschreibung.

Gleichzeitig werden wir uns neben wirtschaftlichen Risiken auf eine zunehmende Energie- und Ressourcenknappheit einstellen müssen. Für Erdöl und für einige Rohstoffe zeichnet sich bereits eine Verknappung ab, verbunden mit einem deutlichen Preisanstieg. Um dem Wunsch der Menschen nach Mobilität, die für sie bezahlbar ist, langfristig nachzukommen, wird die Region Hannover den öffentlichen Personen-Nahverkehr weiter ausbauen müssen.

In der Abfallwirtschaft muss es Ziel sein, einen noch größeren Anteil des Abfalls energetisch und als „Rohstoffquelle“ zu nutzen.

Die Energiewende müssen wir forcieren mit dem vorrangigen Ziel Energie einzusparen, um langfristig unseren Energiebedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien decken zu können. Damit machen wir uns unabhängiger von fossilen Energieträgern und den damit verbundenen Energiekostensteigerungen. Das ist von großem Vorteil, denn finanzschwache private Haushalte treffen diese Kostensteigerungen besonders hart. Über die höheren Wohnkosten für Transferleistungsbeziehenden und –bezieher würde außerdem der Sozialetat der Region Hannover noch stärker belastet.

Die Region Hannover muss darüber hinaus bei ihren eigenen Gebäuden in die energetische Sanierung in den nächsten Jahren erheblich investieren und damit die begonnene Gebäudesanierung fortführen. So können finanzielle Risiken für den Regionshaushalt aufgrund von Energiekostensteigerungen begrenzt werden. Wir werden die Mittel für die energetische Sanierung auf jährlich ein Prozent des Haushaltbudgets ausweiten.

- Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit auf „Null“.
- ein Prozent des Haushalts-Budgets jährlich für energetische Sanierung.

- Verdopplung des Anteils regional erzeugter erneuerbarer Energien.
- Daseinvorsorge als öffentliche Aufgabe sichern.
- konsequente Konsolidierungspolitik, die die politische Gestaltungskraft sichert.

Diesen Herausforderungen stellen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den kommenden Jahren gemeinsam!

Finanzpolitische Leitlinien

Von den Auswirkungen der 2007 ausgelösten weltweiten Banken- und Schuldenkrise sind wir auch in der Region Hannover betroffen. Politisch steuern können wir die Bankenkrise kaum, hier sind andere gefragt. Die Folgen abmildern können wir durch ein intelligentes Kreditmanagement und durch eine konsequente Konsolidierungspolitik. Bund, Länder und Kommunen stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zum Abbau der Staatsverschuldung zu leisten.

Durch eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage, durch eine moderate Anpassung der Regionsumlage und durch eigene Anstrengungen wie Konsolidierungsprogramme und strukturelle Reformen ist es der Region Hannover in der vergangenen Wahlperiode gelungen, ihr strukturelles Defizit unter schwierigen Bedingungen insgesamt zurückzufahren.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verpflichten sich, die erfolgreiche konsequente Konsolidierungspolitik fortzusetzen und gleichzeitig die Spielräume für politische Gestaltung zu erhalten. Wir stellen eine umsichtige und transparente Finanzplanung auf, die Umsetzung der politischen Schwerpunkte kann nur durch eindeutige Prioritätensetzungen erreicht werden. Konsolidierungsvorschläge werden nicht nur unter fiskalischen Gesichtspunkten, sondern auch unter Berücksichtigung der sozial- und personalpolitischen Folgen, ihren Auswirkungen auf die Umwelt und der Qualität der öffentlichen Leistungen geprüft und entschieden.

Eine nachhaltige Rot-Grüne Haushalts- und Finanzpolitik setzt sich zum Ziel, den sozialen Ausgleich zwischen den Kommunen zu verbessern, den Einwohnerinnen und Einwohnern der Region faire Lebenschancen zu eröffnen und in die Energiewende und die ökologische Transformation der Region zu investieren. Die Vielfalt der Vereine und Verbände, die wichtige Beiträge für Sport, Kultur, Umwelt, im Sozialbereich und der Kinder- und Jugendarbeit leisten, wollen wir erhalten, an der Finanzierung von freiwilligen Leistungen halten wir im bisherigen Rahmen fest.

Die Instrumente der Haushalts- und Finanzpolitik werden wir weiter schärfen. Im Zuge der Umsetzung der DOPPIK ist es unser Bestreben, für alle Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge strategische Ziele zu formulieren, die Erledigung der Aufgaben vergleichbar zu machen und weiter zu optimieren. Die Attraktivität der Arbeits- und Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst der Region Hannover wollen wir sichern und ausbauen. Die mittelfristig geplanten Steigerungen der Personalaufwendungen von durchschnittlich 2,5% werden wir einhalten. Wir sehen es als vordringliche Aufgabe an, die hohen Liquiditätskredite stetig abzubauen. Das Land fordern wir auf, den Kreditrahmen im investiven Bereich zu erhöhen, wenn sich Investitionen, so z. B. im Bereich der energetischen Sanierung, langfristig refinanzieren.

Unsere Regionskrankenhäuser, Verkehrsunternehmen oder die Abfallwirtschaft als wichtige Unternehmen der Daseinsvorsorge bleiben in öffentlicher Hand und tragen durch ihre Wirtschaftlichkeit dazu bei, die Zuschüsse zu verringern und zur Entlastung des Regionshaushaltes beizutragen. Privatisierungen von Unternehmen der Daseinsvorsorge zur Verbesserung der Einnahmeseite des Regionshaushalts lehnen wir ab.

Wir sehen derzeit kein Erfordernis für eine Erhöhung der Regionsumlage, es ist unser

Bestreben, die Hebesätze für die Regionsumlage auf dem jetzigen Niveau zu halten. Wir wollen prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die das Auseinanderdriften in arme und reiche Kommunen innerhalb der Region Hannover abmildern können.

Die Region Hannover ist in hohem Maße von den finanzpolitischen Entscheidungen im Bund und im Land Niedersachsen abhängig. Wir setzen hier unsere Hoffnungen auf einen kommunalfreundlichen Politikwechsel nach den nächsten Landtags- und Bundestagswahlen. Wir werden uns hier für eine strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzen einsetzen und fordern insbesondere eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer hin zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer und eine Reform der Grundsteuer.

Gerade in Zeiten knapper Kassen wollen wir den Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich machen, wie die Region Hannover die vorhandenen Finanzmittel einsetzt. Die Genderpolitik gilt für uns selbstverständlich auch in der Haushalts- und Finanzpolitik, begleitend zum Haushalt wollen wir ein Gender-Budget-Monitoring veröffentlichen. Wir wollen den Einwohnerinnen und Einwohnern durch eine höhere Verständlichkeit die Möglichkeit geben, sich auch mit eigenen Vorschlägen an der Diskussion über die Haushalts- und Finanzpolitik zu beteiligen. Geeignete Instrumente für mehr Bürgerbeteiligung werden wir prüfen und schrittweise einführen.

Bildung, Wirtschaft, Beschäftigung

Wir gestalten Bildung für Alle. Unser Ziel ist, dass Wissen und Kompetenzen vermittelt werden, die zukünftig über den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheiden, dass soziale Ausgrenzung angesichts steigender und neuer Qualifikationsanforderungen verhindert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.

Wir werden unsere Berufsschulen als Zentren für Aus- und Weiterbildung stärken.

Unser langfristiges Ziel ist die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit auf „Null“. Wir wollen die beste berufliche Bildung und Qualifikation der unter 25-Jährigen in der Region Hannover. Wir wollen die Beratungsqualität in den Jobcentern der Region weiter verbessern.

Wir wollen die Vernetzung zwischen regionaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter verbessern. Wir werden den Aufbau von gemeinwohlorientierten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten prüfen.

Die Koordinierungsstelle Bildung und Beruf muss zusammen mit dem regionalen Bildungsbeirat die Kooperationsvereinbarung „Bildung und Qualifizierung“ mit Leben erfüllen. Dafür brauchen wir eine personelle und finanzielle Stärkung der Koordinierungsarbeit.

Wir werden Strukturen schaffen, um eine intensivere Vorbereitung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt durch Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen, Berufsbildenden Schulen, Betrieben und der Bundesagentur für Arbeit zu erreichen. Dabei werden ausbildungsbegleitende Hilfen (AbH) ein zentrales Thema sein.

Wir wollen flächendeckende Einführung von Kooperationen zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zur systematischen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung. Wir werden die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf optimieren. Dabei erscheint uns die Ausweitung des „Neustädter Modells“ – also der Ausbau von Berufspraxis-Phasen ab der achten Klasse in Kooperation mit den berufsbildenden Schulen und den Betrieben – ein sinnvoller Weg.

Die Sanierung der Regionsschulen treiben wir voran, um gute Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.

Wir werden Perspektiven für arbeitslose und schwervermittelbare Jugendliche durch die Weiterfinanzierung der Pro-Aktiv-Center in den kommenden Jahren schaffen.

Wir werden Beschäftigungsförderung für Einwanderinnen und Einwanderer und eine Erhöhung der Ausbildungsquote in Betrieben unter Leitung Zugewanderter unterstützen.

Wir wollen die kleinen und mittleren Unternehmen in der Region verstärkt darin unterstützen, auch künftig geeignete Fachkräfte gewinnen zu können, dafür werden wir die notwendigen personellen und finanziellen Voraussetzungen für diese Vorhaben schaffen.

Wir werden die Ausbildungsquote in unseren Unternehmen auf einem hohen Niveau halten.

Wir werden bei der Wirtschaftsförderung und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge klare Förderungskriterien anlegen: Entscheidend ist die Sicherung und Entstehung von Arbeitsplätzen mit guten Arbeitsbedingungen, d.h. reguläre sozialversicherte Arbeitsverhältnisse.

Wir wollen in der Region ein Zertifizierungssiegel einführen, das Unternehmen auszeichnet, die gute Arbeit gewährleisten. Wir werden in den Unternehmen der Region Hannover sichere und gute Arbeitsbedingungen bieten und gewährleisten, dass Frauen und Männer bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit die gleiche Bezahlung erhalten.

Wir werden im Rahmen der Wirtschaftsförderung weiter eine engagierte Bestandspflege betreiben, damit die Region Hannover für die hier angesiedelten Unternehmen dauerhaft attraktiv bleibt.

Wir schaffen ein Forum für den Dialog zwischen Interessenverbänden und der Region Hannover zur Verbesserung der Zusammenarbeit.

Der Flughafen Langenhagen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region. Zwischen den Anliegern und dem Flughafen ist ein Interessenausgleich zu den Bereichen Lärm, Emissionen, und Wirtschaftlichkeit im Rahmen eines Nachbarschaftsdialogs und der rechtlichen Möglichkeiten zu erreichen. Die Belastungen der Menschen in der Region durch den Nachtflug müssen deutlich verringert werden. Zu den Gesundheitsfolgen des Fluglärms wird die Region Hannover zusammen mit weiteren Akteuren ein Gutachten erstellen lassen, dessen Ergebnisse bis Ende 2012 vorliegen sollen.

Wir werden den Aufbau eines neuen Campus für die technischen Fächer der Leibniz-Universität in Garbsen unterstützen, wenn eine Stadtbahnanbindung und ein Mensaausbau zeitgleich vom Land finanziert werden.

Es ist unser Ziel, langfristig sicherzustellen, dass die Umlandkommunen an hannoverimpuls beteiligt sind.

Wir werden einen regionalen Flächenpool für zukünftige Gewerbeflächen schaffen und unterstützen die Bildung interkommunaler Gewerbegebiete.

Wir werden die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg im Interesse der Regionalplanung in der Region Hannover weiterentwickeln und den Wirtschaftsraum der Metropolregion stärken.

Wir unterstützen eine Regionalvermarktungsgesellschaft auf der Basis des erarbeiteten Regionalvermarktungskonzepts.

Abfall

Unsere Politik setzt auf Belohnung von Abfallvermeidung und Recycling. Die kommunale Trägerschaft und der hohe Dienstleistungsstandard, der von Privathaushalten ohne weitere Gebühren genutzt werden kann (z.B. Wertstoffhöfe für Sperrmüll und Grünschnitt, Abfallberatung) müssen dabei erhalten bleiben.

Wir werden die Ausweitung der Behälterabfuhr auf freiwilliger Basis hinsichtlich ihrer finanziellen und technischen Machbarkeit prüfen.

Unabhängig von Entsorgungssystem soll Abfallvermeidung, -trennung und -recycling besonders berücksichtigt werden.

Soziales, Gesundheit, Jugend , Rettungswesen und Feuerschutz

Wir ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Das Klinikum Region Hannover wird weiter als Dienstleister und Gesundheitsversorger an allen Standorten ausgebaut und sichert somit die „Rundum“-Gesundheitsversorgung ambulant und stationär.

Wir setzen uns für einen Aktionsplan für die Region Hannover ein, der verbindliche Ziele zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen festschreibt. Der Aktionsplan muss folgende Handlungsfelder umfassen: Arbeit und Beschäftigung; berufliche Ausbildung; Wohnen und Leben in der Region; Öffentliche Gebäude, Verkehr; Individuelle Mobilität; Inklusive Bildung und Erziehung; Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport; Gesundheit und Pflege; Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben; Barrierefreie Kommunikation, Information und Service; Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionsverwaltung und der Beteiligungsgesellschaften der Region Hannover.

Wichtigstes Ziel Rot-Grüner Kinder- und Jugendpolitik ist Chancengleichheit. Wir werden die frühkindliche Bildung von Anfang an fördern, um allen Kindern gerecht zu werden und allen vergleichbare Bildungschancen zu eröffnen. Insbesondere für Kinder unter drei Jahren werden wir – in einem Dialog mit den 21 Kommunen zur Erhöhung der Qualität in den Kitas – die Krippenplätze in der Ganztagesbetreuung ausbauen, um den Rechtsanspruch auf Betreuung zu erfüllen.

Wir werden die Sprachförderung im Kita-Bereich weiterführen bzw. ausbauen.

Wir werden einen Schwerpunkt auf die Förderung benachteiligter Jugendlicher und auf die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund setzen.

Das gemeinsame Lernen muss endlich von der Ausnahme zur Regel werden. Wir setzen uns für eine konzeptionelle Anpassung des Förderschulkonzeptes der Region Hannover an die Herausforderungen der Inklusion und eine konzeptionelle Ausweitung auf die berufsbildenden Schulen ein (Pakt für Inklusions-best practice).

Rettungsdienst

Im Bereich des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes haben sich gewachsene Strukturen bewährt. Gerade die Verbindung von Haupt- und Ehrenamtlichkeit bildet eine wichtige Säule, die wir erhalten wollen. Gleichzeitig war die letzte Zeit von großer Unsicherheit vor allem für die Beschäftigten im Rettungswesen geprägt, da die Entwicklung in der Rechtsprechung Zweifel an der Rechtmäßigkeit der bisherigen Konstruktion ergab. Auf europäischer Ebene und im Niedersächsischen Landtag wird zurzeit über Rechtsänderungen beraten. Es ist zu hoffen, dass künftig auf diese Weise

ein Höchstmaß an Rechtssicherheit erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Partner:

Mit allen rechtlichen Möglichkeiten ist zu verhindern, dass der Bereich des Rettungsdienstes dem freien Markt überlassen wird. Er ist für uns zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge im Bereich der Gesundheitsversorgung.

Auf Grundlage der bestehenden und der künftigen Rechtslage wird sich die Region Hannover dafür einsetzen, die gewachsenen Strukturen unter Beteiligung der bisherigen Akteure im Bereich des Rettungsdienstes in der Region Hannover zu erhalten.

Für den Fall, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann, streben wir eine Kommunalisierung des Rettungsdienstes in der Region Hannover an.

ÖPNV, Verkehr

Wir werden die vorhandenen Verkehrsstrukturen durch die Schaffung intelligenter Verkehrssysteme kontinuierlich ausbauen. Dazu gehört: Steigerung des Fußverkehrsanteils; Steigerung des Radverkehrsanteils, Steigerung des ÖPNV-Anteils und Steigerung der Nutzung von Car-Sharing. Dafür suchen wir nach neuen Möglichkeiten der Finanzierung. Ausschreibungsgewinne aus SPNV wollen wir für den Ausbau des ÖPNV reinvestieren.

Unser oberstes Ziel ist es die Mobilität innerhalb der Region Hannover für alle Menschen zu gewährleisten. Die Verkehrsplanung soll gleichstellungsorientiert sein und die besonderen Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen - wie z.B. ältere Menschen, Kinder, mobilitätseingeschränkte Menschen - berücksichtigen.

Der barrierefreie Ausbau im Nahverkehr soll weitergeführt werden. Die D-Linie soll in diesem Zusammenhang oberirdisch barrierefrei ausgebaut und zum Raschplatz geführt werden. Dabei wird die in der Gesamtschau verkehrlich, städtebaulich und wirtschaftlich vernünftigste Variante bis spätestens Mai 2012 einschließlich des dafür nötigen Wagenmaterials bei der LNVG als Förderantrag zur Mitfinanzierung vorgelegt. Die bis Dezember 2011 vorliegenden Ergebnisse der Projektgruppe werden zunächst von SPD und BÜNDNIS90/Die GRÜNEN gemeinsam ausgewertet, um dann in einem Diskurs mit den betroffenen Fahrgästen und Stadtquartieren das ausgewählte Gesamtkonzept zu erläutern und für die Umsetzung weiter zu optimieren.

Wir werden das Stadtbahnnetz ausbauen und setzen uns für eine Stadtbahnverlängerung nach Hemmingen und perspektivisch in Garbsen ein. Bis zur endgültigen Stadtbahn-Anbindung von Hemmingen sollen Busse das ÖPNV-Angebot deutlich verbessern.

Wir werden das Radwegenetz ausbauen und das bestehende Angebot optimieren.

Wir werden weiterhin einen bezahlbaren und hochwertigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sichern.

Wir setzen uns für die Erhöhung der Verkehrssicherheit und Lärminderung im Straßenverkehr ein.

Klimaschutz, Umwelt, Regionalplanung und Naherholung

Wir wollen die Handlungsfelder des Klimaschutzrahmenprogramms mit Blick auf die Entwicklung der Klimaschutzziele bis hin zu einer klimaneutralen Region ausfüllen. Dabei ist es uns wichtig die klimaneutrale Region Hannover zu verwirklichen und CO₂ – Emissionen im Regionsgebiet bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um 40 % zu verringern.

Der Anteil der regional erzeugten erneuerbaren Energien an der regionalen Stromversorgung soll von heute (ca. 9%) bis 2020 auf ca. 1100 GWh/a verdoppelt werden. Die Umgestaltung der Stromversorgung soll die Ziele zur Energiewende widerspiegeln, wobei alle Möglichkeiten des Ausbaus erneuerbarer Energien, der Energieeinsparung und der Steigerung der Energieeffizienz einzubeziehen sind.

Für die Klimaneutralität der Region Hannover hat die Nutzung der Windenergie zentrale Bedeutung. Neben dem Repowering ohne Höhenbegrenzung soll die Fläche für die Vorranggebiete (auch unter Einrechnung von Standorten in anderen Planungsrechtskategorien) insgesamt um die Hälfte von 0,8% auf 1,2% der Regionsfläche ausgeweitet werden. Dafür sollen vorrangig durch linienförmige Infrastrukturen vorbelastete Flächen wie Autobahnen und Hochspannungsfreileitungen sowie Industriegebiete und Altstandorte im Außenbereich in Anspruch genommen werden.

Die Region setzt sich durch verstärkte Beratungstätigkeit und die Einrichtung eines zentralen Runden Tisches für eine Optimierung der Standorte von Biogasanlagen und deren Effizienzsteigerung durch Wärmenutzung ein. Der Runde Tisch soll Eckpunkte zum Umgang mit Biogasanlagen in der Region entwickeln. Auch die verstärkte Einspeisung von Biogas in die Leitungsnetze der Energieversorger soll durch Verhandlungen mit den Beteiligten erreicht werden.

Die Region wird 2012 ein fachliches Programm zur Erhöhung der Biodiversität und zur Verstärkung des Natur- und Landschaftsschutzes entwickeln. Die für die Umsetzung erforderlichen Mittel werden ab dem Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung gestellt.

Unsere Politik setzt sich für den Erhalt der Lebensqualität in der Region ein und will Maßnahmen für die biologische Vielfalt u.a. durch die Umsetzung des Landschaftsrahmenplans fördern. Wir wollen die Vorbildfunktion der Region nicht nur durch Umsetzung von Maßnahmen verwirklichen, sondern auch durch den Beitritt in das kommunale Bündnis für biologische Vielfalt.

Die Region setzt sich dafür ein, dass die Klimaschutzagentur gemeinsam mit dem Klimaschutzkuratorium (Netzwerk der Klimaschutzakteure) an einem gut erreichbaren Standort ein Beratungszentrum einrichten wird, mit dem die Bürgerinnen und Bürger eine niedrigschwellige und kostenlose Erstberatung in allen Fragen der energetischen Gebäudesanierung, des Stromsparens und anderer Klimaschutzmaßnahmen sowie der zugehörigen Förderprogramme erhalten.

Die Klimaschutzförderung der Region wird neu konzipiert. Mittel werden im bisherigen Förderumfang für Projekte außerhalb der Regionsverwaltung zur Verfügung gestellt, mit denen innovative Projekte des Klimaschutzes gefördert werden. Damit soll auch eine

Ausstrahlung im Sinne einer Vorbildfunktion („best practices“) für andere Akteure erreicht werden.

Die Klimaschutzleitstelle der Regionsverwaltung treibt die Koordination und den Ausbau der Energieeinsparung, der Klimaschutzaktivitäten und der regenerativen Energien aus der Regionsverwaltung heraus voran. Sie stellt die Klimaschutzaktivitäten der Region Hannover nach außen dar. Die Leitstelle ist der Vernetzungsknoten der verschiedenen Akteure in den regionsangehörigen Kommunen, der Regionsverwaltung, sowie von Klimaschutzagentur über ProKlima, die Verbraucherzentrale, die verschiedenen Einrichtungen der Kammern und Umweltverbände bis zum Handwerk und den Kunden. Darüber hinaus verfasst die Leitstelle einen jährlichen Statusbericht zum Klimaschutzrahmenprogramm und koordiniert das Klimaschutzkuratorium.

Die Region organisiert mindestens einmal pro Jahr einen regionsweit beworbenen Veggitag für öffentliche und private Kantinen, Küchen und Restaurants mit Schwerpunkt auf regionale Produkte. Parallel dazu wird zur Förderung der vegetarischen Ernährung in den Kantinen der Region das vegetarische Angebot verbessert. Zusätzlich wird einmal jährlich in den Regionskantinen ein vegetarischer Tag durchgeführt.

Die Umweltbelastung durch unzählige Lichtquellen nimmt zu und muss gerade aus Naturschutzgründen begrenzt werden. Zur Steuerung soll ein Lichtmasterplan erstellt werden.

Die Region wird zusammen mit den Städten und Gemeinden gegenüber Land und Bund sowie den Vertretungsorganisationen der Wirtschaft auf die Einrichtung eines Altlastenfonds zur Finanzierung der Sanierungen bei nicht oder nicht mehr heranzuziehenden Verursachern drängen, weil die Gebietskörperschaften mit dieser Aufgabe finanziell hoffnungslos überfordert wären.

Soweit die Verursacher noch in der Verantwortung für die Grundstücke sind, wird die Region sie zu einer sachgerechten Sanierung drängen.

Die Region wird das vorhandene Altlastenkataster weiter qualifizieren und für die Einwohnerinnen und Einwohner der Region besser nutzbar machen.

Wir werden uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung vorhandener Landschafts- und Naturschutzgebiete einsetzen, aber auch für die Unterschutzstellung neuer Gebiete kämpfen, wo dies geboten ist.

Der große Bestand an Naherholungseinrichtungen ist auch wegen ihrer identitätsstiftenden und integrierenden Funktion für die Menschen in der Region Hannover abzusichern. Wir wollen die Naherholungsqualitäten der Region hervorheben. Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei die Vernetzung der Standorte untereinander und die Weiterführung der Marke Gartenregion als Leitprojekt.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Zoos ein – als Naherholungseinrichtung, aber auch wegen seiner wichtigen Aufgaben in der Bildung (Zoo-Schule) und beim Artenschutz. Wir werden den Sozialtarif für den Zoo aufrechterhalten. Die bisherigen Erfahrungen werden evaluiert und die Gestaltung der Ermäßigung ggf. an die Ergebnisse der Auswertung angepasst.

Wir wollen im Rahmen der Regionalplanung die Standorte für Wohnen und Gewerbe optimieren. Dabei haben Innenentwicklung und flächensparende Bauweisen Vorrang. Wir drängen auf kommunale Baulückenkataster und Baulückenaktivierungsmaßnahmen. Für neue Wohngebiete wollen wir deren Zuordnung zu einem Haltepunkt des Schienenverkehrs erreichen. Sofern aus übergeordneten regionalen Erfordernissen heraus ausnahmsweise Vorranggebiete für Freiraumfunktionen durch Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms in Anspruch genommen werden müssen, sind Freiräume in gleicher Größe an geeigneter anderer Stelle neu als Vorranggebiete festzulegen. Angesichts der demographischen Veränderungen müssen die Regelungen zur Eigenentwicklung ländlicher Ortschaften überprüft werden. Die Erweiterungsmöglichkeiten für Ortschaften ohne Infrastruktur (insb. Schulen) müssen dabei reduziert werden. Auch auf die Rückführung zu großzügig ausgewiesener Bauflächen muss hingewirkt werden.

Bei der Festlegung regional bedeutsamer Logistikflächen sind neben der Erschließung über Straßen mindestens auch Gleisanschlüsse oder Wasserstraßenanschlüsse anzubieten.

Integration, Gleichstellung, Sport und Kultur

Wir werden ein Netzwerk zwischen Kulturschaffenden, Repräsentanten der Gesellschaft und Politik aus der Region Hannover ins Leben rufen.

Wir werden das Jugendtheater am Staatstheater fördern.

Wir werden den Ausbau des bundesweit einmaligen Erinnerungsortes „Gedenkstätte Ahlem“ zur zentralen Gedenkstätte der Region Hannover unterstützen und die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen. Darüber hinaus wird die Gedenkstätte ein Ort des Bildens und Informierens und durch wissenschaftliche Präsentation des historischen Ortes Ahlem ein Ort des Forschens und Dokumentierens. Die Einbeziehung des historischen Außengeländes in die Neukonzeption der Gedenkstätte und die damit verbundene Finanzierung der Außengestaltung wird gewährleistet, um die Besonderheit des Ortes zur Entfaltung zu bringen.

Wir werden die Sportförderung unter besonderer Berücksichtigung von Gender Mainstreaming, Integration von Migrantinnen und Migranten, sozial benachteiligter Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie von Projekten gegen Rassismus und Homophobie betrachten und überarbeiten.

Der Leitgedanke der Inklusion muss im Sport verankert werden.

Wir werden anhand eines Aktionsplanes die Ziele der UN-Charta für die Gleichstellung umsetzen. Leitgedanke des Handelns wird daher die konsequente Anwendung des so genannten Gender Mainstreaming sein. Hierzu gehen wir eine Selbstverpflichtung ein, die wir auch für unsere Beteiligungsunternehmen einfordern. In der Region soll beispielsweise gendergerechte Sprache durch Schulungen verankert werden.

Wir setzen uns für eine verstärkte Bewerbung und Förderung von Einbürgerungen ein.

Wir werden interkulturelle Projekte fördern und den Fonds „Miteinander - Gemeinsam für Integration“ im bisherigen Umfang weiterführen.

Wir werden Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankern und eine Antidiskriminierungsrichtlinie erarbeiten.

Wir werden in der Regionsverwaltung eine Beauftragte oder einen Beauftragten zur Organisation, Koordinierung und Unterstützung von Projekten für Zivilcourage, gegen Rechtsextremismus und gegen Rassismus benennen. Damit wird auch eine Intensivierung der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen erreicht.

Wir werden bürgerschaftliches Engagement fördern und dazu eine zentrale Anlaufstelle für alle ehrenamtlich Engagierten in der Region Hannover schaffen (Service-Büros für Ehrenamt).

Matthias Miersch, MdB
Vorsitzender SPD-UB Region Hannover

Brigitte Deyda / Christian Gailus
Vorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover

Silke Gardlo
Vorsitzende SPD Regionsfraktion

Raoul Schmidt-Lamontain
Vorsitzender Regionsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ANHANG

Arbeitsprogramm zur Koalitionsvereinbarung

Ergebnisse der gemeinsamen Fach-Arbeitsgruppen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN